

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
in Verk. M. 1.80 m. Post-
bestellg. Preise freibl.
Preis einer Nummer
10 J.
In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Ersetzung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Aussträgerinnen
jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
St.-Post Nr. 24
C. K. - Central-Verlag.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile
oder deren Raum 25 J.
Reklame-Zeile 80 J.
Kollektiv-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Anzeigenstellung
20 J. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Mahner-
jahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Fortfüh-
rungen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.
Gerichtsstand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Austr. wird keine
Gewehr übernommen.

Nr. 138. Dienstag den 17. Juni 1930. 88. Jahrgang.

Veröffentlichung

Unterricht und Erziehung in den Volksschulen.

Stuttgart, 16. Juni. Das Kultministerium hat eine Ver-
ordnung über den Unterricht und die Erziehung in den Volksschulen
erlassen. Aus den Richtlinien für den Unterricht und
die Erziehung ist folgendes hervorzuheben: Die Volksschule ist
eine besondere Einrichtung der Volksschule. Von der allgemei-
nen Volksschule unterscheidet sie sich dadurch, daß sie heil-
pädagogische Unterrichts- und Erziehungsmethoden anwendet
und daß ihr ein weniger weitgehendes und teilweise anderes
Ziel gesetzt ist. Von den Anhalten für gebrechliche und
schwächere Kinder unterscheidet sie sich dadurch, daß sie nur
Schüler und Schülerinnen aufnimmt, die durch Unterricht und
Erziehung in Schulfähigkeit noch für das Leben brauchbar ge-
macht werden können. Die Volksschule hat die Aufgabe, ihre
Schüler auf sittlich-religiöser Grundlage zu brauchbaren Mit-
gliedern der Gesellschaft zu erziehen, soweit dies nach den
körperlichen und geistigen Anlagen möglich ist. Die Volksschule
muß stets darauf bedacht sein, die Schüler fleißig zu heilen.
Sie soll ihre Schüler auch so weit zu fördern suchen, daß sie
der allgemeinen Volksschule wieder zugeführt werden können.
In der Regel kann ein Kind erst nach mindestens einjähriger
Probepflicht in der allgemeinen Volksschule der Volksschule über-
wiesen werden. Sofort beim Schuleintritt können auf Wunsch
der Erziehungsberechtigten Kinder dann aufgenommen werden,
wenn von vornherein feststeht, daß der Besuch der allgemeinen
Volksschule keinen Erfolg für ihre geistige Entwicklung ver-
spricht. Für die Volksschule kommen Kinder in Betracht, die
vollständig, gemeinschafts- und bildungsfähig und in der Regel
körperlich gesund sind, jedoch wegen geistiger Schwäche oder
wegen ihrer seelischen Beschaffenheit, zum Teil auch wegen körper-
licher Mängel oder häuslicher Vernachlässigung das der all-
gemeinen Volksschule gesteckte Ziel nicht erreichen können. In
die Volksschule sind nicht aufzunehmende Kinder, die das Ziel
ihrer Schule nicht erreicht haben, aber vermittle der Einrich-
tungen ihrer Schule so weit gefördert werden können, daß sie
den Anschluss an ihre Klasse wieder erreichen, oder in einer
Ausbildungsanstalt in deren Ziel geföhrt werden können; Kinder,
infolge schwerer Sinnesstörungen (in hohem Grad Schwer-
hörige oder Sehgeschwächte) oder infolge körperlicher Mängel
(Verkrüppelte, Kranke) nur durch eine diesen Schädigungen
entsprechende, von der Schulung vollkommener gesunder Kinder
stark abweichende, Sonderbehandlung geschult werden können;
Kinder, die infolge schwerer seelischer oder sittlicher Mängel
hochgradiger Verrobttheit, Epilepsie u. a. die Klassengemeinschaft
in so hohem Maße gefährden, daß die erzieherische und unter-
richtliche Einwirkung auf die Klasse erheblich beeinträchtigt
wird; bildungsunfähige Kinder. Die Volksschularbeit setzt
keine Schillerschulen in der Klasse voraus. Als Regel können
angenommen werden in der einlässigen Volksschule bis zu 20
Schüler, in der mehrklassigen Volksschule 16-20 Schüler. Da
der Volksschüler später lebenslang wird als der geistig und
körperlich gesunde Schüler, so ist die Einführung eines über
die Dauer der Schulpflicht hinausgehenden weiteren Schul-
jahres mit freiwilligem Besuch wünschenswert. Wo es die Ver-
hältnisse gestatten, ist den Volksschulen eine Fortbildungsschule
beizufügen, in der die Volksschüler angeschlossen werden können.
Die Volksschule muß hinsichtlich ihrer Ziele wesentlich
niedriger liegen als die allgemeine Volksschule. Maßgebend für
die Stoffauswahl ist die Fassungsvermögen der Schüler einer Klasse
sowie der Bildungswert und die Anwendbarkeit des Stoffes
im späteren Leben. Auf Handbetätigung und körperliche Er-
ziehung ist an der Volksschule besonderes Gewicht zu legen.
Bildhafter Gehalt, Vertuterricht und Turnen sind dabei
zu pflegen. Alle unterrichtlichen und erzieherischen Maßnahmen
sollen das Zelenleben des Schölings so beeinflussen, daß er
von seinen körperlichen und seelischen Demängnissen nach und
nach befreit wird. Die im seelisch kranken Kinde vorhandenen
Widerwertigkeitsgefühle sind zu beleben. An ihre Stelle sollen
nach und nach Kräftegefühle treten. Dabei braucht der Schüler
viel Aufmerksamkeit und warme Anerkennung seiner Leistungen.
Vor herdem Tadel, vor Spott und vor allem was seelisch
verletzt, ist er zu schützen. Die Volksschullehrer soll eine Arbeits-
gemeinschaft sein. Den Erfahrungen und Entwürfen,
die in besonderem Maße auf das Gemüt wirken, ist Raum zu
geben. Die Schüler sollen häufig Gelegenheit zu Dienstlei-
stungen bekommen, die der ganzen Klasse zugute kommen, zu
Hilfsleistungen für andere, vor allem für die schwächeren
Schüler und zu sonstiger kameradschaftlicher Betätigung. Enge
Zusammenhang mit dem Elternhaus und den Fürsorgebehörden ist
anzustreben.

Für rasche Durchführung der Redaktionsbauten.

Reichens, 16. Juni. Kürzlich fand unter dem Vorsitz
von Ludwig Hauf eine Vollversammlung der Handelskammer
Reichens statt. Dabei erörterte Oberamtsrat Dr. E. Brand-
mann ein sehr interessantes Referat über internationale
Dienstreisefahrerfragen und die Eingliederung der künftigen
Redaktions-Gesellschaftsfrage in das europäische Binnenverkehrs-
system. Reichens werde nicht allein als Umschlagplatz
für das württembergische Unterland und die angrenzenden
Wirtschaftsgebiete Bedeutung gewinnen, es müsse sich auch da-
rauf einstellen, daß es etwa in 25-30 Jahren eine nicht un-
bedeutende Hafenstadt an einer internationalen Wasserstraße
sein werde. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung
angenommen, in der die Handelskammer Reichens lebhaft
begreift, daß der Ausbau der Redaktionsfahrtrasse
unverzüglich innerhalb einer bestimmten in Aussicht genommenen
Zeit erfolgen wird und daß es gelingen ist, die Frage der
Finanzierung dieser Kanalbauten einer wesentlichen Klärung

Der Bundesführer zur Ausweisung Pabst.

Wien, 16. Juni. In der Generalversammlung der bür-
gerlichen Deutschnuten in Oberwart am Sonntag hat der
Bundesführer Dr. Stelble am Sonntag auf die Ausweisung des
Majors Pabst zu sprechen und führte dabei u. a. aus, die
Deutschnuten hätten sich keiner ungeschicklichen Handlung schuldig
gemacht. Man nehme den alten Volkssänger selbst angeboten habe,
österreichischer Staatsbürger zu werden, 3 Tage, bevor er
Staatsbürger werde, aus. Er wolle keine Rede halten, da
man erst hören müsse, was die anderen Regierungsmitglieder
dazu sagten, was die Herren Schöber und Schöngewitz getan
hätten. Der Schlag, den die Regierung jetzt gegen die Deut-
schwehr geführt habe, habe sie ungeeignet gemacht. Die Regie-
rung wolle den liberalen Volkssänger aufrichten. Jede große
Bewegung habe ihre Märtyrer. Diese Opfer gäben aber einer
großen Bewegung neuen Schwung und neue Lebenskraft. Die
Deutschnuten würden daraus neue Kraft schöpfen. Sie würden
in Eintracht zusammenarbeiten vom Bergland bis zum
Bodensee und einst auch den Kampf gewinnen.

Witz der Militärjahre in der Pfalz.

Landau, 16. Juni. Nach dem amtlich geföhrteten Material,
das über die Sitzungen der 3 Militärgerichte in der Pfalz
(Kriegsgericht Landau, Militärpolizeigericht Landau und Mi-
litärpolizeigericht Kaiserlautern) gesammelt wurde, ergibt sich
ein erschreckendes Zahlenbild über die Tätigkeit der 3 Gerichte.
Rund 1000 Jahre Freiheitsstrafen und rund 1 Viertelmillion
Mark Geldstrafen wurden verhängt. In der Zeit vom 1. De-
zember 1922 bis 31. Mai 1930 wurden insgesamt 7325 Ver-
urteilungen ausgesprochen, die insgesamt außer 3 Fällen, in
denen auf lebenslängliche Zwangsarbeit erkannt wurde, auf
fünf Monate Zwangsarbeit, 30 Jahre Zuchthaus, 836 Jahre
11 Monate und 15 Tage Gefängnis an Freiheitsstrafen und
228 156,82 Mark und 36 974,75 Franken an Geldstrafen oder
die entsprechenden Freiheitsstrafen lauteten. Nicht berück-
sichtigt sind dabei jene Geldstrafen, die während des Währungs-
verfalls verhängt wurden und die in der Umrechnung in Gold-
mark noch eine ganz ansehnliche Summe erreichen. Die Ge-
samtheit der Verurteilungen vermehrt sich noch um die Fälle,
deren Verhandlung nicht bekannt geworden sind.

Reis an den deutschen Rhein!

Koblenz, 16. Juni. Oberpräsident Dr. Fuchs erließ folgen-
den Aufruf: Ende Juni dieses Jahres wird der letzte Be-
satzungsgebiet des deutschen Bodens verlassen. Heißes Segnen und
Danken soll sich am Rhein erfüllen. Die Herrschaft fremder
Macht hört auf. Ein Jahr lang hat das Rheinland die
Besatzung ertragen. Große Opfer hat es dem Vaterlande
gebracht. Schmerz sind die Wunden, die ihm geschlagen wor-
den sind. Handel, Wandel und Verkehr, die zeitweise gänzlich
darniederlagen, sind verflümmert. Abgesichert durch die Be-
satzung, haben viele Volksgenossen sich verlagert, ihre Schritte
an den Rhein zu lenken. Nur wenige Volksgenossen wagten
es, zu uns zu kommen. Sie wollten fremde Uniformen nicht
sehen. Die Folge war: die Rande am Rhein, die Lande der
Bäder und Kurorte, die Sommerfrischen und Reiseorte sind
dem Keilverkehr entzweit. Sie sind verödet. So darf es
nicht weitergehen. Mit dem Abzug der Besatzung fällt jede
Schranke gegen das bisher besetzte Gebiet. Das befreite Rhein-
land ist sich selbst und dem Vaterlande wiederzugeben. Als
freies Land ruft es den Volksgenossen zu: Kommt zu uns!
Küsst alte Lande wieder an! Erstreckt euch mit uns der
wiedergewonnenen Freiheit! Reis an den deutschen Rhein!

Ausdehnung des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 15. Juni. Am Sonntag fand im Berliner Sport-
palast eine Kundgebung des Deutschen Beamtenbundes statt.
Es wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:
„Die Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes, zu Tausenden
versammelt im Sportpalast in Berlin und unterstützt durch
telegraphische Zustimmung aus allen Teilen des Reiches, er-
heben laut und öffentlich Protest gegen die von der Reichs-
regierung im Ausgabenentwurf, im Spargesetz und im
Deckungsprogramm gegen die Beamtenchaft geplanten Maß-
nahmen. Sie sehen darin eine ungeheure rechtliche und wirt-
schaftliche Schädigung der Beamten, die zum Teil nur unter
Angehung der Verfassung möglich ist. Die Maßnahme ist
äußerst unsozial in ihrer Art und verzögert zudem die all-
gemeine Arbeitlosigkeit. Das Vertrauen der Beamtenchaft
zum demokratischen und sozialen Volkstaat wird untergraben.
Die Versammelten erklären sich nach wie vor bereit, gemein-
sam mit allen leistungsfähigen Volksschichten nach Maßgabe
wirtschaftlichen Könnens und im Rahmen eines umfassenden
Aufbauplanes zur Gelandung der Finanz- und Wirtschafts-
lage des deutschen Volkes beizutragen. Sie müssen aber eine
Sonderbehandlung der Beamtenchaft ablehnen, die, aus einer
angenehmlichen Notlage entstanden, keine Gewähr für eine
weitsichtige, aufbauende Finanzpolitik bietet. Die Beamten
sind entschlossen, jeden Eingriff in ihre rechtlichen und wirt-
schaftlichen Lebensinteressen geschloffen abzuwehren und ge-
loben dem Deutschen Volkstaat jede Unterstützung in dem
aufeinandergehenden Abwehrkampf.“

Ausland.

Warschau, 16. Juni. Dem deutschen Gesandten in War-
schau, Rauscher, wurde am Samstag die polnische Antwortnote
auf die deutsche Note vom 2. Mai bezüglich der deutschen
Kriegsgefangenen überreicht.

London, 16. Juni. Die englische Deeresverwaltung hat
nach langen und nunmehr erfolgreichen Versuchen, bei denen
auch Nachflüge von 680 Kilometer angeführt wurden, ein
ganzes Geschwader von Bickers-Kapier-Flugzeugen mit Fern-
lenkvorrichtung versehen lassen. Es handelt sich dabei um die
Verkung unbedarnter Flugzeuge durch elektrische Wellen von
der Erde oder von demanneten Flugzeugen aus. Man kann
auch Bomben, die diese Flugzeuge mitführen, durch elektrische
Wellen abwerfen, ohne daß sich also über der Abwurfstelle ein
Flieger der Gefahr aussetzt, von der Erde oder von einem
Kampfflugzeug aus abgeschossen zu werden. Gute Aussichten!

Shanghai, 15. Juni. Der Außenminister der Kuang-
Regierung, Dr. Wang, hat eine Erklärung veröffentlicht, wo-
nach die Gerichte über einen Rücktritt Chiangkaifichs jeder
Grundlage entbehren.

Der Vissaboner Attentäter.

Lissabon, 16. Juni. Der Attentäter hat bei den Verneh-
mungen vor der portugiesischen Polizei und im Gefängnis er-
klärt, daß er bei Kriegsausbruch zwischen Nordamerika und
Deutschland in Nordamerika weilte, sich einen Ausweis als
schweizerischer Staatsbürger zu verschaffen wachte und damit
nach England fuhr, wo ihn die Polizei der Spionage für
Deutschland verdächtigte und anwies. Er kehrte nach Amerika
zurück und reiste von dort nach Deutschland, zeigte sich dann
als Freund Bolens und wurde von der deutschen Polizei ver-
haftet und zur Prüfung seines Verhältnisses einer Anstalt
überwiesen. Im Jahre 1922 gelang es ihm, daraus zu ent-
fliehen, und seitdem zog er in der Welt umher, mitunter als
Matrose. Seit 1924 hat er seine Erlebnisse in einem Tage-
buch aufgezeichnet, das nach portugiesischen Mitteilungen hin-
sichtlich seines Verfassers den Eindruck eines aus dem geistigen
Gleichgewicht geratenen Menschen macht, der immer von einer
ihn verfolgenden geheimen Macht spricht. Er kamde in seinem
Verfolgungswahn Telegrogramme nach Genf an den Völkerver-
band und an die Außenminister von Nordamerika, Deutschland, Eng-
land und Rußland. In den Tagen vor seiner unglücklichen Tat
hat er mit mehreren Matrosen gesprochen und diese getraut, ob
der Weichhader der deutschen Kriegsschiffe, die auf dem Tajo
lagen, nicht von hoher Persönlichkeiten besucht würde. Die
Lissaboner Militärmarinebehörde führt den Prozeß gegen ihn
auf portugiesisch und deutsch durch.

Das Urteil im Matzsch-Prozeß.

Belgrad, 16. Juni. Der Stantsgerichtshof zum Schutze
des Staates hat Samstag vormittag um 1 Uhr das Urteil in
dem Prozeß gegen den Kroatensführer Dr. Matzsch und Ge-
nossen verkündet. Der Vorsitzende teilte zu Beginn der Urteils-
verkündung mit, daß ein Teil der Angeklagten, und zwar 10
von 24, freigesprochen wurden. Unter den Freigesprochenen
befindet sich auch Dr. Matzsch. Von den übrigen wurden
der als Führer der terroristischen Organisation angeklagte
Bernardic zu 15 Jahren Kerker verurteilt, der zweite Haupt-
angeklagte Hadzija zu 5 Jahren Kerker, weitere 2 Angeklagte
zu je 10 Jahren und der ehemalige Kongressdeputierte der Kroati-
schen Bauernpartei, Jelacic, zu 3 Jahren Kerker. Eine Ver-
urteilung gegen das Urteil ist nicht zulässig.

Höflich abgelehnt.

Newyork, 16. Juni. Die Newyorker „Derald Tribune“,
die über Marineangelegenheiten gut informiert ist und An-
sichten der Admiralskreise immer gut wiedergibt, berichtet heute
in ziemlich sensationeller Form, daß nach Schluß der Londoner
Flottenkonferenz der amerikanische Kapitän Bankeuren nach
Deutschland entlassen worden sei, um, wenn möglich, das „Cra-
lay-Preußen-Panzerkreuz“ zu beschützen, um hieraus Erfah-
rungen für den Umbau amerikanischer Kreuzer zu gewinnen.
Bankeuren hätte eine Einführungsschreiben des Staatsdeputierten
geholt, doch sei ihm in Berlin vom Reichswehrmini-
sterium höflich beehrt worden, daß die Beschützung des
Kreuzers unerwünscht sei und nicht gestattet werden könne.
„Derald Tribune“ fügt ihren Informationen hinzu, es sei zwar
über Marineministern nichts Ungewöhnliches, wenn solche
Beschützungen nicht genehmigt würden. Doch hätte man in
amerikanischen Marinekreisen eine solche Ablehnung gerade
von Deutschland nicht erwartet.

Hoover unterzeichnet die neue Zollvorlage.

Washington, 16. Juni. Nun hat auch Präsident Hoover
die Erklärung abgegeben, daß er die neue Zolltarifvorlage,
die bereits von Senat und Repräsentantenhaus angenommen
wurde, unterzeichne. Man hegt in Wirtschaftskreisen nun nur
noch die Hoffnung, daß Präsident Hoover von der Berech-
tigung, auf verwaltungsrechtlichen Wege Zollherabsetzungen
bis zu 50 v. H. vorzunehmen Gebrauch macht. Im Anblich
an seine Erklärung, er werde die vom Kongreß angenommene
Zolltarifvorlage unterzeichnen, kam Präsident Hoover auf die
Beswerden verschiedener Länder über die neuen Tarife zu
sprechen und sagte, daß die Höhe, wenn es gerechtfertigt er-
scheine, durch besondere Antrag bei der Tarifkommission ge-
mildert werden könnten.

Aus Stadt und Bezirk.

Der Herr Staatspräsident hat den Gerichtsvollzieher
Lauer von Kurlingen auf die Gerichtsvollzieherstelle in
Neuenbürg, mit dem Zug in Widdad, seinem Ansuchen
gemäß verweigert.

Neuenbürg, 17. Juni. Die Familie von Gemeinderat Wilhelm Finckelbein wurde dieser Tage in bitterem Leid versetzt. Der im 71. Lebensjahr stehende Sohn Wilhelm, als Kaiser-gehilfe seit etwa 8 Wochen in Köln in Stellung, badete mit einem Kollegen im Rhein, wobei vermutlich beide in einen Strudelgerieten, der, obwohl gute Schwimmer, beide in die Tiefe zog. Die Leichen konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden. Wilhelm Finckelbein war ein eifriger Turner und eine in Turnerkreisen sehr bekannte und ob seines gewonnenen Befehls überall beliebte Persönlichkeit. Das tragische Ende des jungen Mannes, der zu den besten Hoffnungen berechtigte, ruft überall Bedauern hervor und aufrichtige Teilnahme wendet sich der schwergeprüften Familie zu.

Neuenbürg, 16. Juni. (Echt Gemüse.) Die Aufnahme von Nährstoffen und ihre Verarbeitigung, der angeordnete Ablauf der Verdauungsvorgänge ist die Voraussetzung für eine normale Lebensfähigkeit. Die normale Darmtätigkeit bedarf des normalen Reizes und verdaulicher zellulosereicher Kost, wie sie aus der Natur in dem Gemüse und Obst darbietet. Der Gesamtwert der Gemüse besteht meist in den Salzen und den ätherischen Ölen, die sie besitzen. So wirken die meisten Gemüse auf irgend einen Teil unseres Körpers in wohlthätiger Weise ein. Spinat hat z. B. eine gesundheitsfördernde Wirkung auf die Nieren. Vom Spargel ist bekannt, daß er das Blut reinigt. Der Sellerie hat eine glückliche Wirkung auf das Nervensystem. Sogar Rheumatismskranke behaupten, daß sie nach öfterem Genuß von Sellerie plötzliche Besserungen für ihre Leiden verspürten. Die außen schwarze und innen weiche, von Milchsaft wie die ganze Pflanze durchzogene Wurzel der Schwarzwurzel wurde schon früher ärztlich verwendet, und steht heute als der Spargel des Winters in gesundheitslicher Hinsicht an erster Stelle unter den Wintergemüsen. Weiße und weiße Kürbisse (Speiserüben) regen den Appetit an, darum sind die Gemüse besonders den Kindern zu empfehlen. Die meisten Mütter kennen auch die vorzügliche Wirkung, die der Genuß von gelben Kürbissen für Kinder hat, wenn sie an der Wurmpilge leiden. Die Fenchel hat eine vorzügliche Wirkung auf unsere Verdauungsorgane. Den Tomaten schreibt man eine gute Wirkung auf die Leber zu.

Wetterbericht. Infolge des die Wetterlage beherrschenden Hochdrucks ist für Mittwoch und Donnerstag vorwiegend heiteres, aber zu Gewitterstürmungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Höfen a. O., 17. Juni. Kein Tag ohne Gewitter! Das getrige, das von Norden nach Süden zog, brachte um 14 Uhr sehr starken Regen und Hagelkörner in der Größe von Tauben-eiern. In den Gärten wurde dadurch (namentlich der Salat wurde zerlegt) erheblicher Schaden angerichtet.

70 Jahre Deutsche Turnerschaft. Am 17. Juni sind 70 Jahre verfloßen, seit die Deutsche Turnerschaft als Verband ins Leben gerufen wurde. Wohl ist das deutsche Turnen an sich älter, denn es führt seinen Ursprung auf St. V. John zurück, der im Jahre 1811 den ersten Turnplatz auf der Hasenheide bei Berlin begründete und damit den Anfang mit dem vollständigen Betriebe der deutschen Turnerschaft machte. Ihm gebührt das Verdienst, das Turnen zur Volkssache gemacht zu haben. Die verhängte Turnverbote im Jahre 1820 hemmte jedoch die Fortentwicklung und erst nach deren Aufhebung 1822 konnte das Turnen aus kleinen Kreisen wieder zur Entfaltung kommen, namentlich in Süddeutschland und ganz besonders in unserem Schwabenlande. In den 60er Jahren wuchs die Zahl der Turnvereine ständig und brachte zu einem organisatorischen Zusammenschluß. Die damals bestehenden schwäbischen Turnvereine waren schon im Land Schwaben zusammengeschlossen. Unsere Schwaben Th. Georgie-Schlingen und Kallenberg-Ludwigsburg waren es, die in Gemeinschaft mit Dr. Ferd. Göb-Weipzig, dem nachmaligen langjährigen Führer der Deutschen Turnerschaft, den Ruf zur Sammlung ergaben und zum 1. deutschen Turnfest am 17. Juni 1890 nach Coburg einluden, wo der Grundstein zur heutigen Deutschen Turnerschaft gelegt wurde. Aus dem damaligen verhältnismäßig noch kleinen Verband entwickelte sich die mächtige Deutsche Turnerschaft zum größten der Weltbewegungen treibenden Verbände. Heute zählt die D. Turnerschaft in nahezu 13.000 Vereinen mehr als 16 Millionen Mitglieder. Sie verankert ihren Aufbau auf der volkserzieherischen Arbeit, die im deutschen Turnen verankert ist, dazu aber auch ihrer politisch neutralen Einstellung, die es ermöglicht, große Teile aller Volksschichten in den Turnvereinen zu vereinigen. Wohl waren der Deutschen Turnerschaft auch Kämpfe nicht erspart geblieben, die darauf abzielten, den in sich gefestigten

Verband zu sprengen, sie konnte aber alle Anstürme dank der in ihr verkörperten Kräfte abwehren. Sie hat sich aber auch den neuesten Einflüssen nicht verschlossen, sondern ihr Arbeitsgebiet erweitert und neben dem Gerätturnen auch noch Laufen, Springen, Barren, Spiel, Fechten, Schwimmen, Rudern, Wintersport und Wandern in ihren Betätigungsbereich aufgenommen. Vom Schüler oder Schülerin bis zum greisen Alter ist Geliebtheit geboten, sich turnerisch zu betätigen. Unter 11. Turnkreis Schwaben, der stolz auf seine alten Turnführer sein kann, die Belustigung erlangt haben, zählt in 657 Vereinen rund 9.000 Mitglieder und steht unter den 18 Turnkreisen am 6. Stelle. Er erbeugt damit den Beweis, daß die alte Turnertreue nicht erlahmt. Wenn man die Arbeit der Deutschen Turnerschaft würdigen will, dann wird man nicht vergessen dürfen, daß jährlich, jährlich Hunderttausende in ihrem Dienste ehrenamtlich tätig sind und damit eine Arbeit leisten, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, hauptsächlich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus. Denn die Deutsche Turnerschaft nimmt dem Staate volkserzieherische Aufgaben ab, die ganz bestimmt vom Staate zu lösen wären, wenn nicht eben die Deutsche Turnerschaft und andere Verbände für Leibesübungen freiwillig durchführten. Möge daher der Ruf der Deutschen Turnerschaft auch weiterhin aufwärts führen, möge ihre zielbewusste Arbeit auch in weiteren Volksschichten Würdigung und Anerkennung finden durch Beitritt in die große gemeinschaftliche Körperlichkeit, sie bleibt nach wie vor ihrer alten Losung treu: „Alle Zeit tren und fest und aufrecht im Dienste des deutschen Volkes!“ Sch.

Württemberg
Nagold, 16. Juni. (Zusammenkunft ehemaliger Diagonaler.) Die Vereinigung ehemaliger Diagonaler, die über zahlreiche Bezirke und Ortsgruppen im Lande verstreut, versammelte sich am Sonntag vormittag ihre 8. Vertreterversammlung, in der Vereinsangelegenheiten beraten wurden. Sehr eindrucksvoll gestaltete sich um 11 Uhr vormittag auf dem Friedhof eine Ehrung der Heldensöhne Nagolds. Der Feldkommandeur des Grenadierregiments, Oberst Frhr. von Gemmingen, legte am Kriegesdenkmal mit herzlichen Worten dankbaren Gedankens einen großen Kranz mit schwarzer Schleife und den Abzeichen des Regiments nieder. Umrahmt wurde der von treuer Kameradschaft jugendliche Gedächtnissockel, zu dem sich die Bevölkerung Nagolds sehr zahlreich eingefunden hatte, von Vorträgen des Stuttgarter Grenadier-Singchors unter Leitung von Oberlehrer Ringwald sowie eines Volkswachmanns. Nachmittags fand dann unter der Leitung des 2. Vorsitzenden der Vereinigung, Bartolischewski, eine kameradschaftliche Zusammenkunft der früheren Regimentsangehörigen aus dem Bezirk Nagold sowie aus benachbarten Oberämtern im Traubenlokal statt, der die große Zahl der Teilnehmer kaum zu fassen vermochte. Stadtschultheiß Maier-Nagold und Oberst Frhr. v. Gemmingen hielten Begrüßungsansprachen, denen dann noch mehrere weitere Ansprachen folgten. Höhepunkt der ganzen Veranstaltung war eine ergreifende Rede von General a. D. Riethammer-Calz über Treue und Muthen im Dienst für das Vaterland. Den musikalischen Teil der Zusammenkunft, die zur Reaktivierung einer Bezirksgruppe in Nagold führte und in der die Kameradschaft in froher Stimmung begeistert wieder ansetzte, bestritten der Grenadier-Singchor,

Ein Arzt aus Hamburg
(der Kaffeestadt) schreibt:
„mir ist Kaffeebohnen
mit Milch zehnmal lieber
als Bohnenkaffee“
Uns auch! Herr Doktor...

eine Kavalle von Nagold sowie das Pfeifer- und Trommler-korps des 10jährigen früheren Regiments-Lambours Werner von Calz.

Stuttgart, 16. Juni. (Ein hinterlistiger Mörder beunruhigt.) Durch rechtskräftiges Urteil des Schwurgerichts Ravensburg vom 26. Februar 1930 ist der Dienstknecht Josef Deurich von Untermettenbach, Bezirksamt Pfaffenhausen (Württemberg), wegen hinterlistiger Ermordung des Mechanikers Josef Wehner von Franzenzell (Württemberg) zum Tode verurteilt worden. Der Herr Staatspräsident hat im Bege der Gnade die Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Untertürkheim, 16. Juni. (Mord und Selbstmord.) Der in der Langstraße 33 hier wohnhafte, 43 Jahre alte Albert Kürdler, dessen Frau sich zurzeit in der Landesirrenheilanstalt in Göttingen befindet, hat am Samstag abend gegen 10 Uhr die mit ihm zusammenlebende 30 Jahre alte Helena Bauer und dann sich selbst erschossen. Die Polizei, die durch Hausbesuch benachrichtigt wurde, erbrach am Sonntag früh die Wohnung, wo sie die Leiche des Mannes im Schlafzimmer und die der Frau im Nebenraum liegend auffand.

Kaufka, a. N., 16. Juni. (Ortsvorherwahl.) Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl erhielt der leitberger Ortsvorher, Stadtschultheiß Lamparter, 2000 Stimmen. Auf seinen Gegenkandidaten, Stadtschultheiß Lopp, entfielen 600 und auf den Kommunisten Bekemann 68 Stimmen. Lamparter ist somit wiedergewählt. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 3157.

Wiesbaden, 16. Juni. (Schiffe auf den Vater.) In Besoldung von Familienverpflichtungen gab am Sonntag abend der 19 Jahre alte Walter Lang auf seinen Vater, Maurermeister Fr. Lang, mehrere Schüsse ab. Die Familienmitglieder erklären, daß der Sohn in Notwehr gehandelt hat. Fr. Lang erlitt einen Langenschuß und wurde ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert. Sein Zustand ist ernst.

Gmünd, 16. Juni. (Ein Prozeß wegen Untreue.) Ein Großprozeß gegen den ehemaligen Leiter der Rüdigerhauer Genossenschaftsbank, Hermann Bay, und 5 Genossen, die der Untreue angeklagt sind, begann heute vormittag vor dem hiesigen Schöffengericht. Nicht weniger als 30 Zeugen und ein Sachverständiger werden dabei aufgerufen. Fünf Verteidiger stehen den Angeklagten zur Seite. Der Prozeß wird voraussichtlich 1 bis 3 Tage in Anspruch nehmen.

„Gripopsis“ durch Abbau. Im „Kaufer Wochenblatt“ lesen wir folgendes ergötzliche Geistesprodukt: „In einem niederrheinischen Dorf wurde seit Jahren die Post von einem Briefträger angetrieben, bis man auch hier mit Spornschuhen vorgehen wollte und den Briefträger abbaut. Mir ist es nun ein Mißverständnis amüßend. Man schrieb mir die Stelle eines Mißverständnis amüßend. Unter den Bewerbern befand sich aber auch die Frau des pensionierten alten Postboten. Auf sie fiel die Wahl. Die beiden Eheleute vereinbarten nun folgendes: Die Frau verheiratet wie bisher den Postboten; der pensionierte Mann trägt wie vorher die Post aus; alles bleibt so beim alten. Der Briefträger aber freize sich über diesen Abbau; denn jetzt verdienen die beiden mehr als früher; er seine Pension und sie den Mißverständnis amüßend.“ Das ganze heißt man dann „Gripopsis durch Abbau“.

Baden.

Spielberg, 16. Juni. Bei der gestrigen Bürgermeisterversammlung wurde der leitberger Bürgermeister Rau mit 20 Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat erhielt 90 Stimmen. Von 166 Wahlberechtigten machten 503 von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Kirchzarten bei Freiburg, 15. Juni. Der hier zur Kur weilende Lokomotivführer Hermann Kranz aus Mühlbach hatte am Samstag nachmittag mit seiner Frau einen Spaziergang auf die umliegenden Höhen unternommen. Hierbei wurde er von einem Gewitter überfallen und vom Blitz getroffen. Der Göttermann war sofort tot, während seine Frau schwere Brandwunden davontrug.

Föhlingen, 16. Juni. Ein junges Mädchen, das auf dem Felde mit Arbeiten beschäftigt war, wurde vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet.

Hodenheim, 15. Juni. Ein 53jähriger verheirateter Landwirt war mit Wägen auf dem Felde beschäftigt, als er vom Unwetter überfallen wurde. Er stürzte unter einem Baum, der vom Blitz getroffen wurde, wobei auch der Landwirt den Tod fand.

Carlos Puenta

Roman von Kurt Martin

Zwei Tage lang hatte es ununterbrochen geschneit. Förster Buhner piffte seinem Hund und trat hinaus in den schneebedeckten Garten. Seine Frau folgte ihm bis unter die Haustür.
„Erwin, geh heute nicht weit. Es ist jeder Weg verweht. Ich ängstige mich um dich. Ich weiß nicht, aber es ist mir seit ein paar Tagen ganz bang ums Herz. Wie wenn irgendwo ein Unglück droht.“
„Tschö! Als ob ich nicht schon bei schlimmerem Wetter draußen gewesen wäre.“
„Die Wilderer sind wieder überall am Werk.“
„Den schlimmsten haben wir ja vor zwei Tagen gefaßt. Junf hat einen guten Fang gemacht.“
„Gott sei Dank, daß er den Strolch erwisch hat. Der Mensch ist mir unheimlich. Er sah einen immer so drohend an, wenn er einem begegnete.“
„Ja, jetzt sieht er ja wieder für längere Zeit hinter Schloß und Riegel.“
„Es wildern aber noch mehr!“
„Einmal läuft uns jeder in die Hände! — Also, leb wohl!“
„Wann bist du zurück?“
„So bald wie möglich! Ich möchte einmal zum Tannen-hof.“
„Ich muß mit Kollege Lang sprechen.“
„Was ist doch heute zu weit!“
„Mal sehen!“
„Erwin, schone dich! Denke an mich!“
„Ich will es, Gertrud! — Komm, Polluz!“
Mit raschen Schritten stapfte Förster Buhner durch den hohen Schnee davon. Polluz sprang vergnügt kläffend durch die Schneewehen, daß er manchmal in den aufstrebenden weißen Wolken völlig verschwand.
Noch einmal blieb Erwin Buhner stehen und wankte zurück zum Hause, wo Frau Gertrud immer noch stand und ihn nachsah.

Er bog links von der Straße ab und schritt quer durch den Hochwald. Hier ließ es sich besser laufen. Polluz hielt sich nahe bei ihm. Sie trafen auf den Waldweg und schlugen die Richtung nach Nordwesten ein. Zur Linken zog sich eine dicke zehnjährige Pflanzung hin. Der Weg war stellenweise hoch verweht, und Erwin Buhner mußte wiederholt bis an den Leib im Schnee waten.
Zählings ward Polluz unruhig. Er rannte voraus, brach immer und immer wieder tief im Schnee ein und arbeitete sich hastig wieder heraus. Jetzt blieb er vor dem dichten Jungholz stehen und sah drängend seinem Herrn entgegen.
„Was ist, Polluz?“
„Der Hund winselte leise.“
„Komm, weiter!“
Aber das Tier zwangte sich durch die schneeüberhangenen Äste hindurch in das Dickicht hinein. Erwin Buhner überlegte einen Augenblick; dann folgte er dem Hund.
Als Polluz seinen Herrn hinter sich wußte, drang er aufgeregt weiter vor. Buhner folgte ihm, so rasch es ging. Er konnte sich nur schwer einen Weg bahnen. Jetzt bellte Polluz hell auf. Er schien gefunden zu haben, was er suchte, und bald stand sein Herr neben ihm.
Erwin Buhner stuchte zornig.
„Verdammt! Diese gemeinen Halunken! Wieder mit der Schlinge gearbeitet!“
Vor ihm lag ein Reh. Tote Augen starrten ihn an. Der Körper des Tieres war im Schmutz verkrampft zusammengekrüppelt.
Er blegte sich hinab und untersuchte die Schlinge.
— Das war wieder die gleiche Art, wie sie vorige Woche drüben im Nachbarrevier Kollege Lang gefunden hatte! Also war hier der gleiche Kerl am Werk! — Schwob? — Nein! Der war ein unverbesserlicher Wilderer; aber der schloß das Wild; den hatte ja auch der Förstergeselle Junf vor zwei Tagen abgefällt und nach Langenburg ins Gefängnis eingeliefert. Die Schlingen da aber waren erst gestern gelegt worden! Es hatte ja erst vorgestern auf die Tage harten Frostes hin zu schneien begonnen, und hier waren im Reischnee, wenn auch fast wieder zugefroren, noch Fußspuren zu sehen! — Diesen Kerl nur erwischen!
— Fröhlich griff unwillkürlich an sein Gewehr.
— Wenn der feige Kerl ihm in die Hände lief, dann gab es kein Erbarmen! — Und jetzt zum Tannenhof! Wenn

es auch noch weit war, so mußte unbedingt sogleich Förster Lang von dem Hund Bericht erhalten werden! Vielleicht hatte auch der inzwischen wieder eine neue Schandtat des Schlingensetzers entdeckt! — Gertrud! — Die würde sich wahr-scheinlich freuen! Denn nun konnte er unter vier Stunden nicht zurück sein! Aber jetzt rief die Pflicht. Da mußte sogleich gehandelt werden.
— Er rief den Hund um und bahnte sich quer durch das Gehölz den Weg. Nach einer halben Stunde kam er wieder in Hochwald, und da ging es rascher vorwärts. Als sie aber später auf die Landstraße traten, ließ Buhner überfallen stehen. So schlimm hatte er es sich selbst nicht vorgestellt. Rechts säumte ein unregelmäßiger Zaunwald die schmale Straße und links dehnten sich weite, ebene Flächen. Der Sturm peitschte ihm eisigen Schnee ins Antlitz. Die Straße war hoch verweht. Keine Spur eines Schälens oder eines menschlichen Fußes war durch die Schneehägel gezogen.
„Unangbar!“
— Also den Besuch im Tannenhof bei Förster Lang aufgeben? — Nein! Der Schlingensetzer sollte nicht glauben, daß er schlief! —
„Komm, Polluz!“
Der Hund verhorchte zögernd. Als er aber sah, wie sein Herr den Kampf mit dem Schneehaufen aufnahm, bellte er hell auf und lehte in großen Sprüngen hinein in die weiße Unangbarkeit.
Es war ein schweres Gehen. Nach einer Stunde sah Erwin Buhner Schnee auf der Seite. Aber er gab nicht nach. Der Fort über die feigen Felsen des unbefamten Schlingensetzlers wuchs immer mehr in ihm. Er wollte und mußte sogleich mit dem Förster Lang sprechen und beschließen, wie diesem Halunken beizukommen sei. Wenn er nur eine Ahnung hätte, wer es sein könnte!
Jetzt waren sie an der Stelle, wo rechts der schmale Fahrweg nach dem Tannenhof abog. Buhner almeit auf. Hier, auf beiden Seiten von Hochwald eingeschlossen, ward das Gehen leichter. Der Sturm hatte hier nicht so hohe Wehen zusammenreiben können. Log der Schnee auch reichlich hoch, so kam man doch rascher vorwärts, und der Sturm rief hier auch nicht mehr an einen, als ob er einem die Kehle vom Leibe sehen wollte.
(Fortsetzung folgt.)

läßt, frei zu bekommen. Bevor er dem Justizminister einen endgültigen Bescheid erhalten hatte, zog er ganz überaus ein Faltmesser und ging auf den Justizminister los, der einen schweren Schweißschub zu seinem Schutz erhoben hatte. In der Zwischenzeit kam ein Hausinspektor dem Justizminister zu Hilfe, der im Handgemenge mit dem Messerhelden zu Boden gestürzt war. Dabei war es dem Minister möglich, dem Angreifer das Messer zu entreißen, wobei er sich allerdings eine harte Schnittwunde an der Hand zuzog, während der Hausinspektor bei dem Handgemenge an den Händen verletzt wurde. Der Attentäter, eine gerichtsbeschante Persönlichkeit, flüchtet nach der Tat, konnte aber kurz darauf in Neuwied bei seiner Schwester verhaftet werden. Der Angeklagte, dem jetzt verurteilter Todschlag zur Last gelegt wurde, konnte sich wohl des Vorgangs entziehen, wollte aber von Drohungen und einem Messer nichts wissen. Im übrigen gab er sich durch einen reichlichen Tränenstrom einen möglichst reuervollen Anspruchscheinend für ihn ist es, daß er sich früher einmal mit dem Messer in der Hand die Freigabe einer Tochter erzwang, die sich in Kärntnergefangenschaft befand. Dem Minister, der kommissarisch verworren worden war, war es aufgefallen, daß der Angeklagte eine schwere Tunte und auch einen anderen Gesichtsausdruck als sonst hatte. Nach einer kurzen Auseinandersetzung hatte sich der Angeklagte eine Hinzurechnung zugezogen, worauf er auf den Minister während des Verhörs den Minister hatte aber nicht das Gefühl, daß der Angeklagte etwas Schweres gegen ihn beabsichtigt habe. Die Anklage auf verurteilten Todschlag wurde daher fallen gelassen und der Angeklagte nur wegen Beamteneinwirkung zu der Gefängnisstrafe von 3 Jahren verurteilt, da nicht anzunehmen war, daß er dem Justizminister nach dem Leben getrachtet hätte. Der Vertreter der Anklage hatte eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren beantragt.

Die Finanzpläne des Reichskabinetts.

Berlin, 15. Juni. Das vom Reichskabinetts vorbereitete Gesetz über Ersparnismaßnahmen im Verwaltungsbereich und über die Ausgabenreduktion sieht folgende Maßnahmen vor: 1. eine fünfjährige Sperrfrist für die Einstellung neuer Beamter; 2. den Abbau und die allmählich vollkommene Beilegung der jetzt bestehenden veralteten Sonderzuschläge; 3. die Verklärung des Urlaubs; 4. die Entlassung der weiblichen Beamten im Falle der Verehelichung; 5. Nichtanrechnung der im Wartestande verbrachten Dienstzeit auf die Bemessung des Ruhegebhalts; 6. Heraufhebung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre, wobei es den obersten Behörden überlassen bleibt, im Einzelfall Beamte auch schon mit 65 Jahren in den Ruhestand zu versetzen; 7. eine allgemeine Pensionskürzung, wobei der Witwengebaltbescheid fast beibehalten, zum Teil völlig befreit werden soll für den Fall eigenen Dienstverdienstes oder Ruhegebhalts; 8. eine allgemeine Befoldungssperre für Reichs-, Länder- und Gemeindebeamten und das Recht des Reichsfinanzministers, die Befoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten nachzuprüfen; 9. Ausdehnung des Reichsweges für die Neuregelungen, wie insbesondere in der Frage der Pensionen.

Die neuen Steuererträge.

Berlin, 16. Juni. Der Reichsfinanzminister hat seine Steuerentwürfe samt der Begründung jetzt dem Reichstag zu geben lassen mit der Bitte, möglichst schon im Laufe der kommenden Woche die Entscheidung herbeizuführen, weil die Vorlage noch vor der Sommerpause auch vom Reichstag unter allen Umständen verabschiedet werden möchte. Inwieweit diese Bitte ganz erfüllt gemerkt ist, kann dahin gestellt bleiben, zum Teil wenigstens besteht im Kabinetts die Meinung, die Einzelheiten der neuen Steuererträge bis zum kommenden Montag geheim zu halten, um zu verhindern, daß die Auswirkungen auf die tatsächlichen Wahlen für die bürgerlichen Parteien zu verändernd sind, ein Gesichtspunkt, der allerdings besser bei der Feststellung des ganzen Programms schon vorher berücksichtigt worden wäre. Auch die Durcharbeitung der Entwürfe kann nicht dazu führen, das Urteil, das wir bisher über das System der Molkenbäuerischen Finanzpolitik haben, wesentlich zu beeinflussen. Die Begründung, die, weil sie durch Kabinettsbeschlüsse gebilligt worden ist, ja so etwas wie eine Regierungserklärung darstellt, ist keineswegs überzeugend. In dem entscheidenden Punkt wird ausgeführt: Wirtschaftlich wirkt die Abgabe für den Haushalt wie eine Gehaltsentzug. Wenn die Reichsregierung nicht schon in diesem Augenblick eine echte Gehaltsentzugskomposition vorschlägt, so ist für sie die Erwägung maßgebend, daß sich zur Zeit noch nicht überleben läßt, ob auf die Dauer gesehen eine Senkung in diesem Ausmaß erforderlich sein wird. Es würde weiterhin eine Milderung des Finanzausgleichs im Etatsjahre nicht möglich. Der Finanzminister selbst ist es selber mit aller Entschiedenheit gegen das Notopfer der Beamten aufgetreten. Seinen Unwillen zu verhehlen, läßt er an, daß damals noch andere, weniger ein-

schneidende Deckungsmöglichkeiten bestanden hätten, die jetzt nicht mehr vorhanden sind. Die Ertragsrechnung ist so aufgemacht, daß die Reichshilfe bei den Beamten der öffentlichen Hand auf rund 225 Millionen Mark berechnet wird. Dazu kommt die Reichshilfe der Dauerangestellten bei den Behörden, etwa 24 Millionen Mark. Das Einkommen der Privatangestellten über 8000 Mark wird mit 1,25 Milliarden geschätzt, sodas der Prozentige Steuerertrag etwa 10 Millionen ergeben würde. Aus den Aufsichtsratsanteilen sollen etwa 1 Millionen einkommen. Das würde auf das Jahr berechnet rund 100 Millionen ausmachen, für dreiertel des noch verbleibenden Etatsjahres also etwa 300 Millionen. Beitragspflichtig sind die Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Reichsbank, der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und die Soldaten der Wehrmacht, ferner die Weisanten und Angestellten der Unternehmungen und Einriktungen mit überwiegender Kapitalbeteiligung aller öffentlich-rechtlichen Körperschaften, weiterhin die Empfänger von Wartegeld, Ruhegeld, Witwen- und Lebensgeld und anderen Bezügen aus Geldwertvorsparungen für frühere Dienstleistungen, die vom Reich, von den Ländern und den übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gezahlt werden. Der Kreis der Privatangestellten für die Reichshilfe herangezogen werden sollen, ist so umschrieben: Sonstige Personen mit ihren Einnahmen, wenn sie den Betrag von 8000 Mark jährlich übersteigen und wenn sie sich nicht um Pensionen handeln, die für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert sind. Von dem Beitrag sind befreit Arbeitsnehmer, bei denen ein Steuerertrag von Arbeitslohn nicht vorzunehmen ist, sowie die Angestellten, sofern sie nicht vom 1. Juli 1929 oder einem späteren Zeitpunkt fortlaufend ein Jahr hindurch in Beschäftigung geblieben haben. Wer also keine Einkommensteuer bezahlt, auch als Beamter, ist auch von der Lohnsteuer befreit. Das ist weitgehend eine Entlassung der kleineren Einkommen. Die Regierung denkt auch daran, die Privatangestellten, die im Zuge des allgemeinen Abbaus bereits in ihren Bezügen gekürzt sind, von der Abgabe frei zu lassen. Hier wird aber noch die geforderte Form gesucht, die vermutlich in der Art gefunden werden soll, daß Angestellte, deren feste Bezüge nach dem 1. April um mehr als 6 Prozent verringert sind, zu der Reichsabgabe nicht herangezogen werden sollen.

Die Demokraten lehnen Sonderbelastungen ab.

Berlin, 16. Juni. Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Fraktionssitzung am Montag eine Entschließung gefaßt, in der die vom Reichsfinanzministerium getroffene Feststellung eines abermaligen Fehlbetrags von etwa dreihundert Milliarden Mark als schwerer Misserfolg der bisherigen Finanzpolitik bezeichnet wird. Es dürfe nicht wieder wie im April unter dem Druck der Ankündigung der Reichstagsauflösung und Anwendung des Artikels 48 ein lediglich die Not des Tages überwindendes Stilmittel geschaffen werden. Vielmehr müsse eine die Reichsfinanzen auf die Dauer ordnende Finanzreform in die Wege geleitet werden, ohne auf die Parlementsferien Rücksicht zu nehmen. Neue Steuern seien überhaupt von der Hand zu weisen, solange nicht alle Möglichkeiten der Ausgabenreduktion erschöpft seien. Dabei dürfe mit der Reichs- und Verwaltungsreform nicht länger gezögert werden. Sollte sich der Haushalt hierdurch allein nicht ordnen lassen, so seien die Steuern auf entbehrliche Genussmittel so weit als möglich anzunehmen. Der willkürlichen Ansetzung von Sonderlasten zur Deckung des Fehlbetrags auf einzelne Schichten der Bevölkerung wie 1. A. durch die sog. Reichshilfe der Reichsbediensteten und die Vermögenssteuer werde die Fraktion nicht zustimmen.

Weht die Sozialdemokratie wieder in die Regierung?

Bad Godesberg, 16. Juni. Auf einer sozialdemokratischen Parteitagung in Bad Godesberg erklärte der Reichstagsabgeordnete Breitfeld, man könne sich dem Reformprogramm des Kabinetts Bräunling gegenüber nicht einfach auf die Oppositionshaltung zurückziehen. Die Sozialdemokratie sei eine zu große Partei und das Problem sei zu wichtig, als daß sie sich in die sehr bequeme Stellung freier Verneinung zurückziehen dürfe. Für die Notwendigkeit der Befestigung der finanziellen Schwierigkeiten habe die Sozialdemokratie aus staats- und sozialpolitischen Gründen volles Verständnis. Sie könne aber dem Kabinetts nicht auf dem Wege folgen, den es vorschlägt. Die Sozialdemokratie werde positiv und systematisch ihre Anregungen dem Kabinetts und der Öffentlichkeit unterbreiten. Ihre Stellungnahme zu der Reform hänge davon ab, ob und in welchem Maße die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien diesen Vorschlägen Rechnung trügen. Die Sozialdemokratie lebe die Opposition nicht als Selbstzweck an, zumal sie weit davon entfernt sei, sich nach der Teilnahme an der Regierung zu drängen. Sie müsse für alle Fälle gerüstet sein und sei auch bereit, im Sommer oder Herbst Rechenschaft

vor den Wählern abzulegen. Die Sozialdemokratie lebe den Dingen mit Ruhe und Festigkeit entgegen in dem Bewußtsein, daß man auf die Dauer der politischen und wirtschaftlichen Auffassungen der Sozialdemokratie nicht zur Tagesordnung übergeben könne. Regierung oder Opposition, das ist von untergeordneter Bedeutung.

Deutschlands Wiederaufstieg. — Gilberts Schlussfolgerungen.

Berlin, 16. Juni. Aus dem soeben veröffentlichten Bericht des bisherigen Reparationsagenten Parker Gilbert, in dem wie bereits gemeldet, zum Teil außerordentlich scharfe Kritik an der deutschen Finanzgedarung geübt wird, sind die Schlussfolgerungen noch besonders bemerkenswert. Mit der Stabilisierung der Währung und der Annahme des Dawesplanes, heißt es u. a., sei man an einem Wendepunkt des deutschen Wiederaufstiebes angelangt. In den folgenden Jahren werde die deutsche Wirtschaft bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Deutschlands Kredit im In- und Auslande sei wiederhergestellt worden, seine Industrien seien reorganisiert worden, und der allgemeine Lebensstandard habe sich erheblich verbessert. Dieses Ergebnis sei in erster Linie durch den Fleiß und die Tatkraft des deutschen Volkes erzielt worden. Aber auch andere Länder hätten in großem Maße dazu beigetragen, indem sie den Weidern für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft im Vertrauen gesteuert hätten. Der neue Plan sei ein Akt des Vertrauens in den guten Willen und die finanzielle Integrität Deutschlands. Deutschland stehe vor einer seitenschreibenden Aufgabe, die es am ehesten Verantwortung ohne fremdliche Überwachung und ohne den im Dawesplan vorgeschriebenen Transparenz lösen müsse. Unter den neuen Bedingungen könne Deutschland sowohl die ganze Verantwortung als auch den normalen Ansporn, seine öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen. Zweifellos könne dieses dringende Verlangen auf einer gesunden Grundlage geübt werden.

Drei Verionen von den Einbrechern im Tresor eingelassen.

Warschau, 16. Juni. In der Lodzer Handelsbank wurde gestern ein sensationeller Diebstahl verübt. Als gestern abend einer der Direktoren der Bank ins Büro ging um sich einige Schriftstücke nach Hause zu nehmen, bemerkt er, daß das Schloss der Stahltür, die zur Bankkammer führt, beschädigt war. Die Tür war jedoch zugeschnitten und in den allen Bemühungen, sie zu öffnen. Wie sich dann herausstellte, ist sowohl der Tresor, als auch die verschiedenen Kassen im Raum des getrigen Sonntags von vermutlich 6 Diebstahlern ausgeplündert worden. Ein Direktor der Bank und 2 Diener, die die Einbrecher bei ihrer Beschäftigung erwischt wurden, von den Einbrechern in den Tresor geschleppt und dort eingeschlossen. Man fürchtet, daß die Eingeschlossenen an Luftmangel erkranken werden, wenn es nicht bald gelingt, die Banktür zu öffnen. Man hat telegraphisch Posen nach Lodz beordert, um den Tresor so rasch als möglich zu öffnen. Von den Verbrechern fehlt vorläufig jede Spur. Man vermutet, daß den Bankräubern Geldbeträge im Werte von ungefähr 200 000 Pfund in die Hände gefallen sind.

Der Protest der Tiroler Regierung gegen die Ausweisung von Babst.

Wien, 16. Juni. Im Auftrag der Landesregierung von Tirol brachte heute der Landesrat Gebhardt dem Bundeskanzler Dr. Schöber den Protest der Landesregierung gegen die Ausweisung des Majors Babst zur Kenntnis. Gebhardt erklärte, daß diese Maßnahme, über die in weiten Kreisen der Tiroler Bevölkerung Aufregung herrsche und die ohne vorherige Anhörung mit der Landesregierung erfolgt ist, obwohl Babst seinen häuslichen Wohnsitz in Innsbruck gehabt habe, weniger gegen die Person Babst, als gegen die Verweigerung selbst gerichtet aufgefahrt werde. Dabei werde dieser Schritt umso mehr bedauert. Bundeskanzler Schöber erklärte, für das Vorgehen der Polizei die Verantwortung zu übernehmen, da genügend Material gegen Major Babst vorliege.

Schwarzer Tag in Wallstreet.

Newyork, 16. Juni. Wallstreet hat heute einen schwarzen Tag zu verzeichnen. Umfangreiche Liquidationen und Marktstürze, die auf die scharfen Rückgänge der Warenpreise auf das Fehlen irgendwelcher artigen Wirtschaftsaussichten vor allem jedoch auf die Ermäßigung der Gekollin und des Kupferexportpreises zurückzuführen sind, übten einen empfindlichen Druck auf das Kursumbean ab. Selbst kräftige Interventionen konnten der rückläufigen Bewegung nur für kurze Zeit Einhalt gebieten. Die Kursverluste erreichten bei zahlreichen Spezialwerten ein Ausmaß von 15 bis 20 Prozent. Besonders deutlich wurde der brutale Kurseinbruch mit dem neuen Solltarif in einen gewissen Zusammenhang gebracht, da ungunstige Auswertungen die gesamte amerikanische Wirtschaft, insbesondere jedoch für den Außenhandel befrüchtigt werden

Gemeinde Birkenfeld.
Auf die im Rathaus angeschlagene Bekanntmachung betreffend
die neuen Sitzungsgeld der Gemeinderatsmitglieder
wird hingewiesen.
Den 16. Juni 1930.
Schultheißenamt: Rathaus.

Fünfweiler—Feldbrennach—Conweiler.
Zwangsg-Versteigerung.
Am 18. ds. versteigere ich öffentlich gegen bar in Fünfweiler, vormittags 8 Uhr
eine Kuh.
Zusammenkunft beim Schulhaus.
In **Feldbrennach**, vormittags 10 Uhr
1 eigener und ein tannener Tisch und ein Küchenschiff.
Zusammenkunft beim Rathaus.
Ferner in **Conweiler**, vormittags 1/2 12 Uhr
1 Sofa samt Koff, 1 Divan, 1 Kleiderkasten, 1 Sofa, 1 Kommode, 1 Fliesenherd und 1 Schwein.
Zusammenkunft beim Rathaus.
Gerichtsvollzieher: Mader

Die beste Reklame ist u. bleibt das Zeitungsinsert

Zwangsg-Versteigerung.
Am **Mittwoch den 18. Juni 1930**, vormittags 11 Uhr, kommt in **Niebelsbach** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:
Ein eiserner Kassenschrank.
Zusammenkunft am Rathaus.
Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

K.B.V.
Bezirks-Konsumverein
Neuenbürg.
Wir ersuchen unsere Mitglieder ihre
Rabatt-Marken
bis **spätestens 30. Juni 1930** einzureichen. Dieselben werden nur in besonderen Abfertigungsstellen, welche in unseren Verteilungsstellen abgegeben werden, entgegengenommen. Spätere Abfertigungen können nicht mehr berücksichtigt werden.
Gleichzeitig bitten wir unsere Mitglieder, ihre Bestellungen für **Brennmaterial** zu Sommerpreisen baldigst aufzugeben, damit in der Belieferung keine Verzögerungen entstehen.
Der Vorstand.

Neuenbürg, 16. Juni 1930.
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem herben Verlust unserer lieben, unergelichten Mutter
Frau Friedrike Calmbacher, Witwe,
erfahren durften, sagen wir herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir für die aufopferungsvolle Pflege der Krankenschwester, für die schönen Kranz- und Blumenpenden, sowie allen, die sie während ihrer langen Krankheit besuchten und erquickten und sie zur letzten Ruhestätte geleiteten.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Einen Bursch schöne
Milch-
Schweine
hat zu verkaufen
Kauf, Bürgermeister,
Langelalb.
Herrnhalb.
Einen gut erhaltenen leichten
Ruhwagen
legt dem Verkauf aus
Karl Pfeifer,
Wetzgerer.

Mit verbindl. B. in weiten angelegten
mit gelbtem Kalmesbeutel, mit einer 1/2 Liter
Erweiterung aus 100 000 Liter. 1930 1930
mit im B.L.G. Markierung. 1930-1930
1.000 1930 mit von 1. 1930 mit 1930-1930
ausgeführt **OEN-Marken-Te**

Butter
In Weizen, von 8. 8 und 1/2 1/2 1/2 1/2
Dose unter Marke. 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2
Butter 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2
Oberständliche Zentral-Weizenbäckerei
N.H. Weizen und großer Druck hat
ist in Postland.

Reißzeuge,
in schöner Ausführung und
jeder Preislage empfiehlt die
E. Meckische Buchhandlung.